

Schmidts Ostpolitik — Moskaus Westpolitik

Die Außenpolitik der Bundesregierung im Spiegel der Auslandspresse

Die Bundesregierung hat die Außenpolitik auf eine gefährliche Weise in den Dienst der Wahlkampfführung gestellt. Die SPD will dem Wähler suggerieren, es gehe am 5. Oktober um eine Entscheidung über „Krieg und Frieden“. Während die Regierung die Union als Partei des Krieges verleumdet, steuert sie selbst einen Kurs der Anpassung gegenüber dem sowjetischen Vorherrschaftsstreben. Die vielfachen Mahnungen der Opposition hat sie in den Wind geschlagen.

Dieser Kurs hat zunehmende Besorgnis im Ausland hervorgerufen. Namhafte Presseorgane des Auslands werfen immer nachdrücklicher die Frage auf, welchen außenpolitischen Kurs die Bundesregierung steuert.

Die Neue Zürcher Zeitung meint, Schmidts Ostpolitik sei in Wahrheit Moskaus Westpolitik:

... „Der Herausforderung dieser sowjetischen Macht fühlten sich die Europäer mit gemindertem Vertrauen in ihre Kraft und in die Zuverlässigkeit ihrer amerikanischen Sicherheitsgarantien nicht mehr gewachsen.

Ihre Flucht in die ‚Entspannung‘ ist nicht zuletzt eine Flucht vor einem eventuellen Machtest, den sie sich nicht mehr, so wie noch in Berlin 1948, 1958 bis 1960 und in Kuba 1962 zutrauen. Ihr magisches Wort ist derzeit das ‚Gespräch‘ mit dem Osten, als ob der Kreml damit vom Ausspielen seiner Macht abzubringen, als ob die Übermacht des Gegenspielers damit zu zähmen sei. Die Flucht muß zwangsweise beim Appeasement, das heißt bei der Unterwerfung unter den Willen des Mächtigeren, enden — wenn ihm nichts anderes entgegengesetzt werden kann als beschwörende Worte.

Es scheint, daß auch die öffentliche Meinung in Europa mehr und mehr ein Spiegelbild dieser politischen Fatalität wird. Sie ist in Bonn recht systematisch und von höchster Stelle in Ängste versetzt worden, es könnte etwas wie ‚1914‘ passieren, sie scheint — wie 1938 — zu glauben, daß ‚Gespräche‘ und gegebenenfalls Konzessionen einen scheinbar bedrohten Frieden zu sichern vermöchten. Sie will keinerlei Risiken. Und natürlich will sie, wie Neros römische Plebs, ihre Spiele im Fernsehkasten — auch wenn Mars die Preise verteilt.

Eine zweite Ursache des westlichen Zerfalls hängt mit dieser ersten zusammen.

Sie liegt in der westdeutschen Politik, die — auf den Spuren Brandts und unter dem Druck einer bis in das Entscheidungszentrum hineinreichenden sozialistischen Linken — seit einiger Zeit nun auch unter Bundeskanzler Schmidt ihre ehemals deutlichen, entschieden atlantischen Konturen wieder eher verwischt.

Sucht Schmidt die staatsmännische Vermittlerrolle zwischen West und Ost, die dann ja auch die Bundesrepublik in eine Zwischenwelt zwischen den Lagern führen müßte? Er dementiert es — aber es spricht einiges dafür, daß gerade ein solcher Verdacht Giscard zu seinem Treffen mit Breschnew, das heißt zum Überholen Schmidts auf dem Wege nach Moskau, in Bewegung gesetzt haben könnte. Man hätte damit wieder den europäischen Wettlauf zum Kreml, zu dem es ja schon früher Vorläufer gegeben hat.

Jeder europäische Politiker auf solchen Wegen mag glauben, er treibe damit eigene „Ospolitik“; in Tat und Wahrheit betreiben unter den gegebenen Umständen alle lediglich Moskaus Westpolitik. Ihr Fernziel — die Spaltung der westlichen Allianz, die Trennung Amerikas von Europa — mag heute den sowjetischen Politikern als demnächst erreichbares Nahziel erscheinen.“
(Neue Zürcher Zeitung, 25./26. Mai 1980)

Differenzen bei der Einschätzung der Weltlage zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung hebt Die Presse (Wien) hervor:

... „Diese mangelnden Möglichkeiten, sowie der stets schwerfällige Konsultationsprozeß innerhalb des NATO-Bündnisses entheben die deutsche Bundesregierung der Notwendigkeit, klar zu sagen, daß in Wahrheit ihre Einschätzung der Lage stark von der amerikanischen abweicht.“ (Die Presse, 10. Januar 1980, Wien)

Die Baseler Zeitung erhebt den Vorwurf, daß sich Schmidts Politik nicht von nationalen, sondern von parteipolitischen Interessen leiten läßt:

... „Schmidts Mahnung, sich nicht von Strömungen und Emotionen in der öffentlichen Meinung treiben zu lassen, nimmt den Vorwurf auf, daß sich Carter zu sehr von wahlpolitischen Argumenten leiten läßt. Doch sind solche Motive in der Haltung der Bundesregierung nicht weniger bemerkbar.

Nur treiben sie Bonn in Richtung von Appeasement, Washington hingegen zu höherer Konfrontationsbereitschaft.“ ... (Baseler Zeitung, 22. April 1980)

Mit der Existenz einer offiziellen Außenpolitik der Bundesregierung, die als „undeutlich“ qualifiziert wird, und einer Nebenaußenpolitik des linken SPD-Flügels beschäftigt sich die International Herald Tribune:

... „Niemand behauptet, daß die Westdeutschen bereit sind, einen Austritt aus der NATO zu riskieren und ihr Glück in sowjetischen Plänen zu suchen. Aber die Vertreter eines weichen Kurses haben sich selbst den Anschuldigungen ausgesetzt, sie dächten an Abrüstungszugeständnisse als Gegenleistung für einen sowjetischen Wink mit engeren Bindungen an Ostdeutschland.“ ...

... „Die Differenzen zwischen der Gruppe um Herrn Wehner und dem, was Herr Schmidt sagt — oder in den meisten Fällen zu sagen vermeidet — haben das Argument der Opposition genährt, daß Bonn eine zwiespältige Außenpolitik zu haben scheint: zum einen die vom linken SPD-Flügel präzise formulierte und zum anderen eine undeutlichere Außenpolitik der Regierung.“ ... (International Herald Tribune, 10. April 1979, Paris)

Auch der Daily Telegraph spricht über die NATO-feindliche Position des linken SPD-Flügels:

... „Einige Vertreter des linken Flügels der SPD, der Partei des Bundeskanzlers, gehen weiter, so daß sie den Verdacht erwecken, die NATO-Position der Bundesrepublik auszuverkaufen zugunsten einer eventuellen Wiedervereinigung Deutschlands.“ (Daily Telegraph, 20. März 1980, London)

Über die außenpolitische Bedeutung der Mitwirkung von Teilen der SPD an den Bremer Krawallen schreibt die Neue Zürcher Zeitung:

... „In dieses Spiel paßt auch, was am Dienstag in Bremen geschehen ist. Ob Moskau von ferne eine Hand im Spiel hatte oder nicht, jedenfalls ist es Wasser auf die Mühle seiner psychologischen Kriegsführung, wenn Tausende von linken Demonstranten offenbar bis weit in die Reihen der SPD hinein gegen eine Vereidigung von Bundeswehrrekruten zu wüsten Auseinandersetzungen auf der Straße mobilisiert werden können.

Welcher zum Chaos aufgelegten innenpolitischen Manövriermasse, so muß man sich fragen, könnte sich die sowjetische Politik wohl in der Bundesrepublik wie in anderen westeuropäischen Staaten bedienen, wenn etwa die Meinungsverschiedenheiten um die Nuklearwaffen in Europa oder um andere verteidigungspolitische Maßnahmen sich ein weiteres Mal zuspitzen oder wenn Europa in einer akuterer Krise eine harte Nervenprobe auferlegt werden sollte?“ ... (Neue Zürcher Zeitung, 11. Mai 1980)

Der Korrespondent der Business Week beurteilt Schmidts Aktivitäten als „Einschnitt ins Wurzelwerk der Westbindung“:

„In Washington wie in Deutschland macht man sich zunehmend Sorge darüber, wohin Bundeskanzler Helmut Schmidt sein Land führt.

... Helmut Schmidts Aktivitäten schneiden tief ins Wurzelwerk der Einbindung seines Landes an den Westen.

Sicher, er hat einige im April gemachte Äußerungen zurückgenommen, in denen er sich dafür aussprach, die Dislozierung der neuen Generation von atomaren Mittelstreckenwaffen nach Europa zurückzustellen; Äußerungen, in denen er scheinbar den entsprechenden NATO-Nachrüstungsbeschluß vom vergangenen Dezember aufweichte. Aber die offiziellen Erklärungen dazu sind widersprüchlich.

Zur Zeit erwägt Schmidt einen Staatsbesuch in Moskau.

... Ein solcher Besuch würde der Kreml-Führung nachgerade gottgesandte Propagandamöglichkeiten an die Hand geben. Würde er doch enorm dazu

beitragen, die Negativ-Auswirkungen des westdeutschen Olympia-Boykotts zu kompensieren.

Auch würde diese Reise die Uneinigkeit des Westens aufzeigen, wie sie sich anschaulicher im Wettbewerb der NATO-Länder um direkte Gespräche mit Moskau besser nicht darstellen läßt.

Aber die Schmidt-Reise birgt langfristig eine noch größere Gefahr. Sie könnte den Deutschen den Weg ebnen zurück zu ihrer ehemals so verhängnisvollen Rolle als zentraleuropäische Macht zwischen Ost und West...

Wenn Schmidt durch seine Politik die Schwäche der westlichen Allianz weiter vertieft, könnte dies dazu führen, daß Deutschland seine Sicherheit möglicherweise eines Tages außerhalb des Bündnisses sucht."

Business Week, zitiert in „Die Welt“ vom 30. Mai 1980

Die International Herald Tribune schreibt über die Zusammenarbeit der SPD mit der sowjetischen Regierung:

... „Die Regierung Schmidt — insbesondere ihr aktiver neutralistischer linker Flügel — erhielt vor kurzem folgende 3-Punkte-Mitteilung von hochgestellten sowjetischen Diplomaten: Carter ist zu schwach geworden, um im Senat die Zustimmung zu SALT II zu bekommen.

Jetzt ist es Zeit für Moskau und Bonn, ein offensichtlich völlig von SALT losgelöstes Konzept für eine zentrale europäische ‚Abrüstung‘ auszuarbeiten; und Moskau wird sich für Bonns Ölbedarf einsetzen, wenn — und das scheint sicher — die Energieversorgung des Westens unerträglich knapp wird.“ ...

(International Herald Tribune, 21. März 1979, Paris)

Das zwiespältige Verhandlungsangebot des Bundeskanzlers an die Sowjetunion, für „eine Zahl von Jahren“ auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu verzichten, kritisiert die linksliberale Le Monde:

... „Gleichzeitig ist die Anregung des Kanzlers in mehreren westlichen Hauptstädten schlecht aufgenommen worden, besonders in Washington, wo ihm vorgeworfen wird, die NATO-Beschlüsse vom Dezember abzuschwächen und dem Kreml von vornherein zuzugestehen, seine augenblickliche Überlegenheit bei den Mittelstreckenraketen zu erhalten. Man kann sich fragen, ob Moskau hier nicht eine neue Gelegenheit finden wird, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten für sich auszunutzen.

Der bevorstehende deutsch-sowjetische Gipfel ist kein Grund zur Freude für Washington. Selbst wenn Schmidt sich sehr viel mehr als Giscard d'Estaing bemüht, die Form zu respektieren, fürchtet ein Teil der amerikanischen Politiker Versuche der sogenannten ‚Finnlandisierung‘ mehr im Hinblick auf die Bundesrepublik als auch Frankreich“. (Le Monde, 29. Mai 1980, Paris)